

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

22. Jahrgang Nr. 02/2014

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



Kommunalwahlen sind in der öffentlichen Wahrnehmung nicht gerade die wichtigsten Wahlen. Die Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass alle wichtigen, sie betreffende Angelegenheiten im Land- oder Bundestag entschieden werden. Jedoch kommen wir täglich mit Angelegenheiten in Berührung, welche durch Kommunalpolitik geregelt werden, sei es der Gehweg vor dem Haus, die Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder dass Wasser aus dem Wasserhahn. Das und vieles mehr ist die Aufgabe der Kommunalpolitik. Aus diesem Grund werden den Gemeinden auch im Grundgesetz besondere Rechte eingeräumt. „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. 1“ (Art. 28, 2 GG)

In den letzten fünf bzw. sechs Jahren haben sich unsere Kommunalpolitiker, sei es im Kreistag, in den Stadt- und Gemeinderäten sowie in den Ortschaftsräten für unsere Forderungen eingesetzt, haben Bürgerinnen und Bürgern geholfen und versucht, in ihrem Einflussbereich etwas Soziales zu erreichen und dafür danken wir ihnen.

Als Kandidatinnen und Kandidaten für die Kreistagswahl traten 41 Kandidaten bei der Kreiswahlversammlung an. Bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten wurde sehr auf Fachkompetenz geachtet. Besonders im Kreistag ist es wichtig, dass spezielle Themen von kundigen Kreisräten bearbeitet werden können. Von den Kreistagskandidatinnen- und Kandidaten sind annähernd zur Hälfte noch keine Kreisräte und mehrere unter 35 Jahren.

Auch das Kreistagswahlprogramm stand auf der Tagesordnung. Zu der Mitgliederversammlung im November letzten Jahres wurde der Startschuss für das Kreistagswahlprogramm gegeben. Gemeinsam sammelten wir Themen. Dorothea Wolff und Volker Mieth übernahmen die Aufgabe, die ganzen Punkte in einen Entwurf zu bringen. So konnte Ende Dezember in verschiedenen Gremien Änderungen vorgenommen werden. Ab Anfang Januar hatten die Genossinnen und Genossen die Möglichkeit, Änderungen einzubringen und auch während der Versammlung konnten noch Änderungen eingebracht werden. Es wurde darauf geachtet, dass keine Bundes- und Lan-

desthemen, sondern wirkliche Themen für den Kreistag aufgenommen wurden. Das Programm ist, im Vergleich zu anderen Papieren des Landesverbandes Sachsen, relativ kurz gehalten. So können wir die WählerInnen in einer kurzen und verständlichen Form über unsere Forderungen informieren. Das Programm wurde mit großer Mehrheit beschlossen und wird in Kürze veröffentlicht werden.

Zusätzlich konnten wir auf der Versammlung Stadträte; Gemeinderäte und Ortschaftsräte nominieren. Für die größeren Städte und Gemeinden, finden die Versammlungen in den jeweiligen Ortsverbänden statt.

Der Kreisverband ist nun mit einem sehr guten Programm und vielen KandidatInnen für die Kommunalwahl gewappnet.

Janina Pfau - Mechelgrün

aus dem Inhalt:	Holocaust-Gedenktag im Vogtland.....	S. 2
	Unsere Kandidaten zur Kreistagswahl.....	S. 3
	FC Bayern und die AG Deutschland.....	S. 5
	Azubis werden "ausgeputzt".....	S. 6

DIE LINKE.



VOGTLÄNDER GEDACHTEN DER OPFER DES NS-REGIMES

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Vogtland

Am 27. Januar, dem vom Bundespräsident Roman Herzog ausgerufenen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, fanden im Vogtlandkreis drei Gedenkveranstaltungen statt. Auf dem Falkensteiner Friedhof fand sich eine kleine Gruppe Kreistagsabgeordneter der Linkspartei sowie der Bürgermeister von Falkenstein und der CDU-Kreisvorsitzende ein. Die Zweite Beigeordnete des Landrates, Anneliese Ring, sprach zu den Anwesenden bewegende Worte des Gedenkens. Der Landrat selber nahm - wie immer - nicht teil.

In Plauen waren der Einladung des Oberbürgermeisters über 25 Bürger gefolgt und legten Blumen und Kränze am Gedenkstein nieder. Unter ihnen auch Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes mit einem großen Kranz. OB Ralf Oberdorfer erinnerte an die zahllosen Opfer des Holocaust, darunter auch sehr viele jüdische Bürger der Stadt Plauen.

Auf dem Friedhof im Treuen liegen neun jüdische Frauen begraben, die im Frühjahr 1945 auf Weißensander Flur nach einem Todesmarsch, der vom KZ Groß-Rosen kam, tot aufgefunden wurden. Hier fanden sich am Nachmittag des 27. Januar vierzig Treuener Bürger zusammen. Der zweite Bürgermeister, Manfred Puschmann, begrüßte die Anwesenden und sprach über die Verantwortung, welche sich aus der Geschichte auf uns überträgt. Er verurteilte die verabscheuungswürdigen Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, gestand Verfahrensfehler bei der verbotenen Genehmigung des Treffens der NPD-Jugendorganisation in Zobes ein und versicherte, dass sich solches nicht wiederholen werde.

Peter Giersich als Vertreter eines der Opferverbände, der VVN-BdA, erinnerte an die soziale Breite all Derer, die dem NS-Regime von 1933 bis 1945 zum Opfer fielen. Und meinte, viele

der Gedenkenden vergäßen, wer den Krieg und seine Folgen auslöste, wer Verursacher war und schuldig an allen Kriegstoten. Es sei nicht wahr, dass der biedere Bürger nicht in der Lage war, das Unrecht der Faschisten zu erkennen. Er hatte miterlebt, wie Geschäfte boykottiert wurden, Unschuldige geschlagen wurden, durch die Straßen getrieben und verschleppt wurden.

Pfarrer Jan-Peter Becker von der evangelischen Gemeinde erinnerte an die Millionen verhungerten Menschen, die der Leningrader Blockade durch die deutsche Wehrmacht zum Opfer fielen. Wir sind nicht schuldig für die Verbrechen unserer Eltern und Großeltern, aber wir haben durch die Geschichte eine besondere Verantwortung. Humanität, Menschlichkeit und Barmherzigkeit, Toleranz sind Gebote, die zutiefst in der christlichen Lehre verwurzelt sind.

Die Teilnehmer, unter denen sich auch der Lengenfelder Bürgermeister Volker Bachmann befand, legten Gebinde und zahlreiche Blumen am Grab der jüdischen Frauen nieder, welche mit der Inschrift mahnt: Den Toten die Lorbeer, den Lebenden die Pflicht.

Peter Giersich - Auerbach/V.



stellv. Bürgermeister Manfred Puschmann (SPD) beim Ablegen eines Gebindes für die Stadt Treuen



ALLES LERNEN, NICHTS VERGESSEN

Liebkecht-Luxemburg-Ehrung in Falkenstein

Traditionell fanden sich Mitte Januar wieder zahlreiche Menschen auf dem Falkensteiner Carolaplatz ein, um der vor 95 Jahren ermordeten Arbeiterführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu gedenken. Eine Bläsergruppe aus Auerbach gab der Veranstaltung einen würdigen Rahmen.

Eröffnet wurde die Stunde mit der Rezitation eines Gedichtes von Erich Kästner. Der Heimathistoriker Peter Giersch, Sprecher des Landesverbandes Sachsen der VVN-BdA, erinnerte an die klaren und mutigen Worte von Rosa Luxemburg, mit denen sie in der bekannten Junius-Broschüre die Nebelvorhänge von Patriotismus und Vaterlandsliebe, die Lügen von Vaterlandsverteidigung und ehrenhaften Soldatentum zerriss. Sie nannte die Dinge beim Namen. Sie schrieb vom Massenschlachten, vom Massensterben an den Fronten, von den

Riesenprofiten der Kriegsindustrie und den raffgierigen Kriegsgewinnlern beim Geschäft mit dem Tod, von den wahren Ursachen dieser Menschheitskatastrophe und auch vom Versagen der deutschen Sozialdemokratie.

Der Erste Weltkrieg wirkte als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, als gewaltiger Kulturbruch, der sich bis in die Gegenwart auswirkt. Die mühsam in den vorhergehenden Jahrzehnten gewachsene zivilisatorische Kruste zerbrach, Gewalt wurde selbstverständlich, und so wurden alle anderen Konflikte in der Folge offen oder verdeckt ausgetragen.

Die alltägliche Gewalt in der Gesellschaft führte in Deutschland und anderen Ländern zum Faschismus und führte auch in einen deformierten Sozialismus. Sie führte zum Zweiten Weltkrieg und zur massenhaften,

industriellen Vernichtung von Millionen Menschen. Und die Gewalt, Mord und Totschlag dauern bis in unsere Gegenwart an.

Der Redner zitierte die Worte Karl Liebknechts: „Die Feinde des Volkes rechnen mit der Vergesslichkeit der Massen - wir setzen dieser Spekulation entgegen die Losung: Alles lernen, nichts vergessen!“. Damit verwies er auf die große Rolle von Bildung und Aufklärung, auf die Bedeutung von Wissen über gesellschaftliche und geschichtliche Zusammenhänge und Hintergründe.

Zum Abschluss der Veranstaltung legten der Ortsvorstand Göltzschtal der LINKEN und zahlreiche Teilnehmer ein Gebinde und Blumen an dem Gedenkstein für Karl Liebknecht nieder.

Ernst Schwarzbach - Auerbach/V.

LISTENAUFSTELLUNG DIE LINKE KREISTAGSWAHL 2014

Wahlkreis 1

1. Klaus Schumann
2. Ulrich Wenzel
3. Lars Legath

Wahlkreis 2

1. Waltraud Klarner
2. Katharina Pfeffer
3. Gunter BoBERT
4. Steven Warg

Wahlkreis 3

1. Dieter Heyne
2. Monika Bauch
3. Winfried Kummer

Wahlkreis 4

1. Martin Mailach
2. Rainer Stöhr

Wahlkreis 5

1. Janina Pfau
2. Longin Ritter
3. Ines Mothes
4. Renate Lauer
5. Jens Uhlmann

Wahlkreis 6

1. Volker Mieth
2. Gertraude Reichstein
3. Rainer Tuma

Wahlkreis 7

1. Uda Hartmann
2. Hermann Seidel
3. Horst Schubert
4. Matthias Umlauf

Wahlkreis 8

1. Karsten Pippig
2. Thomas Höllrich
3. Henry Ruß
4. Sigrid Mann

Wahlkreis 9

1. Christian Arndt
2. Jürgen Jahn
3. Wolfgang Netzsch

Wahlkreis 10

1. Uta Seidel
2. Wolfgang Hinz
3. Hardy Neumann

Wahlkreis 11

1. Michaela Wohlrab
2. Petra Rank
3. Ronald Dietel
4. Lotar Huberty

Wahlkreis 12

1. Agnes Descher
2. Dagmar Baumgärtel
3. Carola Rohloff-Soares

ZUKUNFT BRAUCHT THEATER UND ORCHESTER

auch in Plauen!

Am 16. Januar 2014 hatte ich ein überwältigendes Theater-Erlebnis in Plauen: Das Theater war fast bis auf den letzten Platz besetzt von Menschen, die sich um dessen Zukunft sorgen. Die Theaterfreunde bängen erneut um ihre Spielstätte. Die Zukunft ihres produzierenden Fünfspartentheaters steht auf dem Spiel. Klar wurde das mit der Ankündigung des Oberbürgermeisters, dass ab 2015 die Stadt Plauen für das Theater nicht mehr 3,4 Mio. EURO aufbringen kann. Nur 2 Mio. EURO könnten im Haushalt zukünftig für das Theater Plauen-Zwickau eingestellt werden

Diese Kürzung, würde sie vollzogen, hätte katastrophale Folgen: Sowohl die Stadt Zwickau als auch der Kulturraum zahlten dann anteilig weniger. Das bedeutet das Aus für die traditionsreiche Bühne.

Nicht nur das Theater Plauen-Zwickau leidet unter der Finanznot der Kommunen. Immer wieder hören wir, dass Kunst und Kultur die ersten Opfer bei der Suche nach Geldeinsparungen sind. Sachsens Theater und Orchester leiden an einer strukturellen Unterfinanzierung. Angesichts der akuten finanziellen Schwäche der Kommunen stellt sich die Frage der Theater- und Orchesterstrukturen und ihrer Finanzierung im Freistaat dringlicher denn je.

Weil die Landesmittel für die Kulturräume in ihrer Höhe gesetzlich festgeschrieben sind, die Personal- und Sachkosten für die Theater und Orchester

aber steigen, müssen die Kommunen diese Kosten übernehmen. Dazu sind sie aber häufig nicht in der Lage. Mit Haustarifverträgen haben im vergangenen Jahrzehnt die Schauspieler, Musiker und Sänger mit einem bitteren persönlichen Verzicht die Spielstätte gesichert.

DIE LINKE hält angesichts der realen Gefahr, dass weitere Einsparungen den Bestand der Orchester und Theater bedrohen, eine inhaltliche Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat, den Kulturräumen und den Trägern der Theater und Orchester für dringend



Theater in Plauen

geboten, die auf der Basis eines gemeinsamen Konzeptes für die Orchester- und Theaterlandschaft in Sachsen langfristige Planungssicherheit schafft und sie aus der Abhängigkeit von kurzfristigen Entscheidungen auf kommunaler und regionaler Ebene befreit. Es darf auf keinen Fall weiter am Einkommen der Künstler gekürzt werden, die

mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Bildungsbeitrag für Kinder und Jugendlichen leisten und unser Leben bereichern. Es ist eine Schande, dass ein Schauspieler des Theaters Plauen-Zwickau nach 38 Bühnenjahren eine Rente bekommt, die 50 Euro unter der Armutsgrenze liegt. Auch das erfahren wir am 15. Januar.

Kultur ist eine Pflichtaufgabe, zu deren Erfüllung eine ausreichende Finanzierung durch den Freistaat gehört. Die vogtländischen Landtagsabgeordneten sind in der Pflicht, sich dafür in Dresden einzusetzen. Wenn das für

das Theater parteiübergreifend gelänge, wären die richtigen Lehren aus dem Kampf um die Hochschule Reichenbach gezogen worden!

MdL Andrea Roth - Tannenbergesthal

NEIES VON DR META

Vorische Woch ho iech mich driber gemacht, den neien Abfallwechweiser firs Vuchtland ze studiern und de Marken fir ne gelben Sack, ne Abfallkibel und fir de Blaue Tonne nei mein neien Kalenner fir 2014 eizeklebn. Iech ho ne Kalenner drei mol durchgeblättart, aber s woarn kaane Marken ze finne. Ham se weeng e paar Pfeng aa nuch des eigespart. Dabei woar des de ganzen Jahre schee und mr wusst jeden Monat, wann woas und wo abholt werd.

Mr kennt zer Sau wern, woas die itze alles firm Mist fabriziern un sich mit dem Seeng von de EVV- Oberschten, ne Vuchtlandferscht un ne Plauischen Oberberschermaaster erlaum kenne. Wenn se ner beim Hortenneibau un beim Plauischen Rathaus so sparn tätn, aber do werd es Geld zen Fenster neugeschmissn.

Dann wollt iech wenisches lesen, wenn nu de Säck, de Kibel uns Papier abholt wern. Do ho iech fei ganz schee bleed geglotzt un gemerkt, dass des kaa varständliche Sach worn ist. Iech glaab des Zeich ze versteh, hätt mr aa de hehere Tughterschul nischt genitzt, denn mei Nachbar, dr Paul, der frieher Schullehrer woar, hot aa nischt von dem Krempl begriffen und un hot den Abfallwechweiser schaa lengst nei de blaue Tonne geschmissen, denn dort geheert setter Mist hie!

Dieter Riedler - Leubnitz

EHEMALIGE SACHSEN-LB WIRD IMMER TEURER

Die sächsische Landesregierung rechnet wegen ihrer ehemaligen Landesbank offenbar mit dem Schlimmsten. Finanzminister Georg Unland (CDU) hat sich schon 2010 darüber hinaus ermächtigen lassen, weitere Kredite bis zu einer Höhe von rund 1,8 Mrd. Euro aufnehmen zu dürfen. Wer dachte, es wird schon nicht so schlimm werden, unterliegt einem großen und für den Steuerzahler teuren Irrtum.

Wenn man plötzlich für die maßlose Geldgier der aus dem Westen 1990 eingeflogenen Westbanker mehr Geld ausgeben muss, dann muss man an anderer Stelle sparen. Wie dieses Sparen aussieht, müssen wir Bürger schmerzlich am eigenen Leibe erfahren. Gespart wird bei der Polizei, den Hochschulen, bei den Lehrern (2014 erhöht sich die Zahl der Klassen mit mehr als 28 Schülern auf 69!! in Sachsen), bei den Kita- Betreuungsschlüssel.

Dabei hat das Ministerium massiv Dienstleistungen von externen Wirtschaftsprüfern und Anwälten in Anspruch genommen. Nach Informationen waren zeitweilig bis zu 24 (!!!) externe Beratungsunternehmen für den Freistaat tätig. Man sollte davon ausgehen, dass ein Finanzministerium in der Lage ist, die wesentlichen Fragen selber zu bearbeiten und zu entscheiden. Es ist eine Flucht aus der Verantwortung, wenn man teure Berater einstellt. Dieser unfähige Finanzminister, der nicht in der Lage ist, den Finanzaustall auszumisten, hat sich wahrlich den Schleudersachsen verdient. Sage und schreibe 44 Millionen Euro kamen allein für diese Aufarbeitung des Sachsen-LB Debakels zusätzlich auf den Steuerzahler zu.

Die bisherige Bilanz zur Sachsen-LB ist ein Scherbenhaufen für Herrn Unland. Wenn er schon für externe Be-

rater so tief in die Honorar-Kasse greift, dann muss doch am Ende auch etwas dabei heraus kommen. Für die 44 Mio. Euro allein an Beratergebühren hätte man die notwendige Sanierung der Hochschule Reichenbach viermal (!!!) finanzieren können.

Während die Architekturstudenten Reichenbach verlassen müssen und Sachsen den Rücken kehren, genießt der Hauptverantwortliche des Desasters, der damalige Finanzminister und ehemalige Ministerpräsident Georg Milbradt seine mehr als auskömmliche Pension.

Dieter Riedler - Leubnitz

SICHERUNG DER MACHT DURCH AKTIENGESELLSCHAFTEN „Deutschland“ und „FC Bayern“

Die „erfolgreichste“ Fußballmannschaft der Welt kann diese sein, da sie gnadenlos - egal, wo auf der Welt - die bestausgebildeten Talente aufkauft. Und wer kann schon leicht zu verdienendem Geld widerstehen. Natürlich wird dabei auch in heimischen Gefilden gewildert, und im Sommer trifft es den polnischen Profi Lewandowski nicht gegen seinen Willen. Das Geld dafür, soweit es ehrenhaft erschachert wurde, ist vorhanden. Und es wird nicht unnütz für die massenhafte Förderung des eigenen Nachwuchses eingesetzt, der dann eventuell vor Vollreife von anderen Akteuren oder Spähern eingeholt wird. Der Erfolg wird ganz einfach eingekauft.

Auch die andere AG holt sich die besten Talente anderswo her. Und macht das genauso unverfroren. Ob mit Green-Card oder anderen Spezialisten-Deals. Das sichert einen hohen eigenen Standard der Gesundheits-betreuung oder den Exportüberschuss durch Abhängigkeit von „made in germany“. Daran partizipieren wir allerdings alle hier.

Es fehlen Fachkräfte angeblich, gut ausgebildete, junge schon. Die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen kommen

längst nicht mehr ohne nichtdeutsche Fachkräfte aus. Wer aber kümmert sich europaweit um die Daheimgebliebenen?

Der Dacia-Autobauer aus Rumänien wird natürlich lieber bei VW in Mosel arbeiten. Wer aber baut uns dann die für Deutsche preiswerteren Fahrzeuge bei Dacia, Skoda oder Seat? Noch gibt es die perfide Möglichkeit, rumänische oder polnische Autobauer in die deutschen Stammwerke abzuordnen. Der Lohn bleibt der Zehnte des Heimatlandes, wodurch auch noch Sozialbeiträge gespart werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bekommt eine internationale (istisch)e Dimension!

Nichtdeutsche Spezialisten sind hier gern gesehen, so sie ein Jahreseinkommen von 50.000 oder 30.000 EURO nachweisen können; für eine befristete Zeit, versteht sich. Wohin dann mit all den deutschen Staatsbürgern, die ein solches Einkommen in der AG Deutschland nur sozial erträumen können? Wem kann die AG Deutschland die Auslagerung von bezahlter Arbeit aufbürden?

In einer hessischen Großstadt wurde durch das zuständige Sozialamt fest-

gestellt, dass zunehmend ausländische Bürger den deutschen Obdachlosen die wärmeren Plätze des nachts wegnehmen. Da muss man sich tatsächlich im Interesse der eigenen Obdachlosen für ein größeres Angebot einsetzen! Das ist menschenverachtender Zynismus in Reinkultur oder das zähneknirschende Anerkennen von Armut, ohne etwas tatsächlich dagegen zu tun.

Der Ministerpräsident sieht durch den Mindestlohn die Arbeitsplätze in Sachsen gefährdet. Sind das tatsächlich dann solche, die allesamt ohne Aufstockung ein selbstbestimmtes Leben gewährleisten? Hier lügt sich der von ihm vertretene Staat in die eigene Tasche, aus der er letztlich sogar Missmanagement überregionaler Unternehmen subventioniert.

Soweit einige Anmerkungen zu den beiden Aktiengesellschaften. Hoffentlich kommt nicht noch Streit in der GroKo dadurch auf, dass die ostdeutsche CDU-Gruppe im Bundestag einen Mangel im Koalitionsvertrag feststellt: Es gibt unterschiedliche Diäten für Ost und West. Oder nicht?

Ronald Wandel - Oberlungwitz

AZUBIS UNMITTELBAR IM ARBEITSPROZESS

Auszubildende werden immer stärker im unmittelbaren Arbeitsprozess eingesetzt. Von 2000 bis 2007 (neuere Daten liegen nicht vor) stieg die Zeit, in der Auszubildende am Arbeitsplatz einfache Arbeitstätigkeiten ausführen mussten, um 25 Prozent auf 47 Tage im Jahr, die der Fachkräftetätigkeiten sogar um 64% auf 53 Tage. Dies geht aus einer Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE an die Bundesregierung hervor.

Insbesondere in den ersten beiden Lehrjahren sind die produktiven Einsatzzeiten deutlich angestiegen. Infolge dessen werden Auszubildende, die beim Einsatz im Unternehmen eigentlich eine umfassende Berufsausbildung erhalten sollen, immer stärker in die Wertschöpfung der Unternehmen eingebunden. Die in Deutschland von Auszubildenden erwirtschafteten durchschnittlichen Erträge stiegen von 7.900 Euro im Jahr 2000 auf 11.692 Euro im Jahr 2007 - das ist ein Anstieg von 48%. Im Jahr 2007 überstiegen die durchschnittlich von den Auszubildenden erwirtschafteten Werte das erste Mal die für sie anfallenden Personalkosten. Sie lagen bei 123%, nach noch 95% im Jahr 2000. Zieht man die Gesamtkosten heran, die durchschnittlich für Auszubildende aufgewendet werden, dann erwirtschaften die Auszubildenden im Schnitt inzwischen 77% ihrer Ausbildungskosten selbst.

Auszubildende werden oft zu ausbildungsfremden Tätigkeiten herangezogen. Nicht wenige geben an, Überstunden machen zu müssen. Das zeigen die Ausbildungsberichte der Gewerkschaften. Es muss sichergestellt werden, dass Auszubildende nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden und die eigentliche Berufsausbildung auf der Strecke bleibt.

Auch wenn der Einzelhandel sicherlich nicht die einzige Branche mit Problemen in der Berufsausbildung ist, so zeigt sich hier doch: Vergleichsweise geringe Bruttokosten der Ausbildung stehen hohen, von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträgen, gegenüber. Beim Kaufmann im Einzelhandel, als dem am häufigsten gewählten Aus-

bildungsberuf, erwirtschaften die Auszubildenden bereits 80% der Gesamtkosten der Ausbildung. Beim Fachverkäufer im Lebensmittelhandwerk übersteigen die von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge sogar die Ausbildungskosten um 50%! Die Bundesregierung räumt konkret zu diesem Fall ein: „Die hohen Ausbildungserträge können deshalb erwirtschaftet werden, weil die Auszubildenden bereits zu Ausbildungsbeginn für eine Vielzahl der anfallenden Arbeiten - und zwar oft auch bereits für schwierige Aufgaben - eingesetzt werden können.“

Wie aus der Anfrage weiter hervor geht, wird mehr als jeder zehnte Ausbildungsvertrag im Einzelhandel abgeschlossen. Über 160.000 junge Menschen erlernten im vergangenen Jahr einen Beruf im Einzelhandel, zwei Drittel davon Frauen. Einen Hinweis auf die dort nicht selten schwierige Ausbildungssituation geben auch die vergleichsweise hohen Auflösungsquoten. Über alle Ausbildungsberufe hinweg werden 24% der Ausbildungsverträge aufgelöst, bei den Verkaufsbereufen des Einzelhandels liegen die Quoten oft bei 30% oder mehr.

Das Berufsbildungsgesetz sieht nach Paragraph 1 die Vermittlung der notwendigen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vor. Oft hapert es aber an der Umsetzung. Die Industrie- und Handelskammern sollen die Qualität der Ausbildungsbetriebe überwachen, sind aber zugleich Interessensvertretung der Wirtschaft. Diese Doppelfunktion ist problematisch. Wenn es dazu noch in den Betrieben keine Betriebsräte oder Jugend- und Auszubildendenvertretungen gibt, ist viel Freiraum da für einen ausbildungsfremden Einsatz der Auszubildenden und ihr Missbrauch als billige Arbeitskraft. Hier muss etwas geschehen. Wir brauchen mehr Interessensvertretungen der Beschäftigten in den Unternehmen und mehr und bessere Kontrollen der Ausbildungsbetriebe.

MdB Sabine Zimmermann - Königswalde

DAUERBRENNER: ANGEMESSENE KOSTEN DER UNTERKUNFT

Sandro Tröger hat in der letzten Ausgabe des LINKEN BLICKs auf ein wichtiges Problem aufmerksam gemacht: auf die Bestimmung der Angemessenheitswerte der Kosten der Unterkunft (KdU) für Hartz IV-Betroffene. Die KdU sind Ländersache, Träger sind die kreisfreien Städte und die Kreise. Sandro bemängelt zu Recht, dass im Landkreis Zwickau allein die Landkreisverwaltung die KdU-Richtwerte festlegt und die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses lediglich über die Erarbeitung informiert werden.

Das Problem: Sächsische Landkreisordnung (LKO) und Sächsische Gemeindeordnung (GemO) stellen klar: Die Hauptorgane der Kreise und Städte sind deren Kreis- und Stadträte. Logischerweise müssten die wichtigsten Vorschriften für eine rechtskonforme Umsetzung der KdU-Paragraphen im SGB II - die KdU-Angemessenheitswerte gehören zweifelsohne dazu - von ihnen beschlossen werden. Die meisten Kreise handhaben das bisher auch so. Allerdings gibt es keine Rechtsvorschrift, die die Zuständigkeiten exakt regelt, selbst im "Sächsischen Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches" finden wir dazu keine Aussage.

Orientieren wir uns weiter an Landkreis- und Gemeindeordnung. In § 24 der Landkreisordnung ist zu lesen:

„Der Kreistag legt die Grundsätze für die Verwaltung des Landkreises fest und entscheidet über alle Angelegenheiten des Landkreises“

„Der Kreistag überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Kreisverwaltung für deren Beseitigung durch den Landrat.“

Die Gemeindeordnung legt fast wörtlich Entsprechendes für die Stadträte fest.

ALLERHÖCHSTPEINLICHE VERWECHSLUNG

„Sozialtourismus“ Unwort des Jahres

Recht so! So hatte ich gedacht. Nun endlich geht`s ihnen an den blütenweißen Kragen, diesem moralischen Lumpenpack, die in ihrer maßlosen Gier unseren Staat nach Strich und Faden besch..., na gut: beschummeln. Sie wissen schon: Ihren Wohnsitz in die „Steuroasen“ verlegen, am deutschen Fiskus vorbei. Nach Liechtenstein, Monaco, Österreich gar, die Schuhmacher, Becker, Beckenbauer und Konsorten.

Oder, wie der Hoeneß Uli, die Millionen in die Schweiz... Und als dann alles heraus und die Selbstanzeige zu spät kam, öffentlich scheinbar reuevoll Krokodilstränen weinte. Hatte sich auch noch erwischen lassen, der Uli. Der selbsternannte Vorzeige- und Saubermann des deutschen Profi-Fußballs. Gespendet hatte er doch für soziale Zwecke aus dem recht ordentlichen Gewinn seines fränkischen Bratwurst-Imperiums. Was dann allerdings doch eher zu vergleichen ist mit dem Sozialempfinden jenes Mannes, der etliche Stiegen teuersten Weines ge-

stohlen hatte - sein soziales Gewissen dann allerdings solcherart erleichterte, indem er die leeren Flaschen großzügig für bedürftige Sammler neben den Abfallcontainer stellte.

Ja, ja, der Uli. Wird schon eher glimpflich als schimpflich davon kommen in unserem Rechtsstaat. Hat er doch beste Anwälte und Beziehungen. Ist ja schließlich kein „Hartzi“, der ein paar Euro, nebenbei verdient, dem Amt nicht gemeldet hat.

Nun aber soll es selbst ihnen - ach, wie bitte? Liege ich falsch? Eben die sind doch gar nicht gemeint? Um die anderen geht es bei den Sozialtouristen, die sich auf unser aller Kosten „durchschmarotzen“ wollen? Um jene, die aus Afrika ihrer Not, ihrem Elend entfliehen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben im Wohlstands-Europa. Das letzte Hab und Gut veräußern für die Überfahrt in oft seeuntauglichen und überladenen Booten. Oft genug mit Endstation Meeresgrund. Oder, falls das rettende Ufer glücklich

erreicht - als unerwünscht der Armut und Hoffnungslosigkeit einer egoistischen Wohlstandsgesellschaft erbarlungslos ausgeliefert. Besser dran dann doch jene aus den osteuropäischen inzwischen der EU zugehörigen Ländern. Gesuchte Fachkräfte - Akademiker zumal bis hin zu den Billiglöhnern, bereit für jede Arbeit, notfalls oft genug auch „schwarz“ und ohne soziale Absicherung. Sozialtourismus - ach, so war das gemeint.

Da habe ich dann wohl doch etwas durcheinander gebracht. Obgleich - die Schumacher, Becker, die Beckenbauer und Hoeneß fahren nicht in der Touristenklasse. Eher dann wohl in der Luxus-XXL und drüber. Ich hätte es wissen sollen, nehme es nachträglich umso bitterer zur Kenntnis. Man lernt halt nie aus.

Jürgen Böhm - Schöneck

Die Bestimmung der angemessenen Höhe der KdU zählt mit Sicherheit zu den Angelegenheiten des Landkreises, müsste also zur Entscheidungsbefugnis der Räte gehören. Zudem wurde in vielen Gerichtsurteilen die Fehlerhaftigkeit bisheriger KdU-Angemessenheitswerte festgestellt. Hier liegen also sogar Missstände vor, für deren Beseitigung die Räte sorgen sollen.

Das muss bedeuten: Die Räte sind in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, sie müssen kontrollieren, ob in den Verwaltungsvorlagen die relevanten Rechtsvorschriften, nämlich die Forderungen des „schlüssige Konzepts“ des Bundessozialgerichtes vom 22.9.2009 (B4 AS 18/09 R), umgesetzt wurden, und sie haben auf Korrekturen zu bestehen, falls sie Mängel erkennen.

Besonders die Linksfraktionen in den Räten der Landkreise und der kreisfreien Städte sollten diese Aufgabe als wichtigen politischen Auftrag annehmen: Hier ist es möglich, auch als Minderheitsfraktion Änderungen durch-



© wobigratie / pixelto.de

zusetzen und damit eingreifende Politik zu praktizieren zum Wohl von sozial Benachteiligten. Das setzt voraus, dass linke Räte von Kreisen und kreisfreien Städten durchsetzen, dass die Mietwerterhebungen zur Ermittlung der KdU-Angemessenheitskosten in der Kompetenz der Räte bleiben bzw. Behandlung und Beschlussfassung den Räten übertragen wird.

Dabei geht es nicht nur um Rechtsschutz für Hartz-IV-Empfänger. Sandro schreibt: „Eine fundierte

Erarbeitung (der Angemessenheitswerte für die KdU - D.W.) war und ist vor allem notwendig, um unnötige Auseinandersetzungen vor Sozialgerichten zu vermeiden. Erstens im Interesse der Betroffenen und zweitens im Interesse der Steuerzahler, denn jeder Prozess vor einem Sozialgericht bindet personelle Kräfte im Jobcenter ... und verursacht Kosten.“

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im Februar ihren Geburtstag feiern können. Unsere besonderen Grüße gehen an jene, die ein rundes Jubiläum erreichen oder über 80 Jahre jung werden:

Werner Zäbisch	Mylau	02. Feb.
Erna Walter	Plauen	05. Feb.
L. Varga	Plauen	08. Feb.
Käte Rennwanz	Plauen	10. Feb.
Henry Ruß	Reichenb.	11. Feb.
Lora Dietzsch	Reichenb.	13. Feb.
Jörg Tidow	Plauen	13. Feb.
M. Örscheschek	Treuen	14. Feb.
Rudolf Reinhart	Weißensand	15. Feb.
Gerda Huberty	Plauen	18. Feb.
Heinz Luft	Plauen	19. Feb.
Heinz Schulze	Rodewisch	23. Feb.
Erika Helbig	Plauen	24. Feb.
Hella Günzel	Bad Elster	25. Feb.
Waltraud Scholz	Plauen	27. Feb.
H. Schubert	Lengenfeld	27. Feb.
Inge Schneider	Rodewisch	29. Feb.

Wir wünschen allen eine gute Gesundheit, viel Freude im Alltag und die Erfüllung all ihrer Wünsche!

Der Vogtlandbote

WETTE BRACHTE 15.000 EURO FÜR DIE KINDER VON KUBA

Ja, meine Weihnachts-Wette zugunsten der Kinder von Kuba war am Jahresende gelaufen. Aber meine Wettpartnerin, die "Unternehmerin mit dem linken Herzen" war noch im Urlaub. Und die wollte doch noch aufrunden. Also musste ich mit der Verkündigung des Ergebnisses noch ein wenig warten. Aber dann kam sie, hörte sich das Spendenergebnis an, küsste mich vor Freude ganz heftig und legte noch mal 600 Euro auf dem Tisch. Und schwupps stand das Endergebnis fest: Die Wette hatte 15.000 Euro für die "roten Rotznasen" in Kuba gebracht. Rund 500 Spender und Spenderinnen hatten mitgemacht.

Herzlichen Dank an alle, die das Wort "Solidarität hilft siegen" noch ernstgenommen haben. Die Spenden sind inzwischen bei "Cuba Si" in Berlin gelandet und werden vorn dort in drei oder vier Soli-Projekten mit Kindern (unter anderem die Landschule auf der Rinderfarm in Jaibo) eingesetzt. Und liebe Mitmacher und Mitmacherrinnen, seid gewiss: Die nächste Wette kommt bestimmt...

*Herzliche Grüße aus Wülfrath
Klaus H. Jann*

INTERESSANT?!

Allein im Jahr 2012 hat die Bundeswehr 1216 freiwillig Wehrdienstleistende und Zeitsoldaten unter 18 Jahren eingestellt. Im großen Stil wurden 16-jährige Mädchen und Jungen angeschrieben und auch Bewerbungen von 16- und 17-Jährigen entgegengenommen. Die Bundeswehr verzeichnete zum 10. Juni 2013 allein 48 Bewerber im Alter von 16 Jahren, die bereits an einer Tauglichkeitsuntersuchung teilgenommen hatten. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervor. UNICEF, terre des hommes und amnesty international bezeichnen "alle Kämpfer und deren Helfer, die unter 18 Jahre alt sind" als "Kindersoldaten".

red.

EINLADUNG ZUR

KREISWAHL VERSAMMLUNG zur Landtagswahl

**22. Feb. 2014
10:00 Uhr**

Landgasthof und Pension
Waldeck
Wetzelsgrün 26, 08233 Treuen

DIE LINKE.

Judengasse oder jüdischer Bürgermeister

Im Vogtlandboten Januar 2014, auf der Seite 5, ist dem Autor ein Versehen unterlaufen. Es gab im Mittelalter in Plauen keinen jüdischen Bürgermeister. Friedrich Weiß, der zweimal Bürgermeister war, wohnte in der Judengasse. Das war auch kein abgesperrter, verrufener Stadtwinkel.

Waltraud Schmidt - Röbnitz

EINLADUNG ZUR

WAHL-VERSAMMLUNG zur Kommunalwahl Plauen

**08. Feb. 2014
10:00 Uhr**

Haus Vogtland, Plauen

DIE LINKE.

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.01.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 14.02.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 03.03.2014. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.